



Qualitative Ausbildung ist ein Kernthema in Berlin | Foto Smederevac, Canva

Ausbildungsplatzabgabe: private Arbeitgeber warnen vor Folgen

11. November 2025

*In einem gemeinsamen Appell rufen Berlins größte private Arbeitgeber [Senat](#) und Abgeordnete auf, die geplante **Ausbildungsplatzabgabe** nicht umzusetzen. Die Initiatoren warnen vor negativen Folgen der Abgabe für den Wirtschaftsstandort Berlin. Am kommenden Donnerstag findet im [Abgeordnetenhaus](#) die Anhörung der Verbände zur drohenden Abgabe statt.*

Der Gesetzesentwurf zur Einführung der Abgabe sieht vor, dass künftig die Berliner Unternehmen jährlich nach einem von der Politik festgelegten Schlüssel eine Ausbildungsplatzabgabe zahlen müssen. Die Höhe ist abhängig von der Bruttolohnsumme im Verhältnis zur Zahl der Auszubildenden im jeweiligen Unternehmen.

Betroffen sind selbst Ausbildungsunternehmen ebenso wie Unternehmen, die keine klassischen Ausbildungsberufe anbieten können oder zwar ausbilden wollen, aber keine Auszubildenden finden. In ihrem Brief warnen die Unternehmen vor den zusätzlichen finanziellen und bürokratischen Belastungen. „Die Administration der Umlage erfordert einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand – sowohl auf Seiten der Unternehmen als auch auf Seiten der Behörden. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten muss es aber das Ziel sein, Bürokratie abzubauen“, heißt es in dem Appell.

„Wir, die größten privaten Arbeitgeber in Berlin, sind ein zentraler Bestandteil der Wirtschaft in der Hauptstadt. Unsere Investitionen und Innovationen tragen dazu bei, dass sich Berlin zu einem dynamischen Standort in Europa entwickelt hat“, heißt es in dem Schreiben. Die unterzeichnenden Unternehmen stehen für mehr als 150.000 Arbeitsplätze in der Hauptstadt. Sie betonen ihr langjähriges Engagement in der dualen Ausbildung und unterstreichen, dass sie jedes Jahr tausenden jungen Menschen einen qualifizierten Start ins Berufsleben ermöglichen. Der Mangel an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern werde trotz des geplanten Gesetzes bestehen bleiben. „Wer keine geeigneten Kandidaten findet, würde durch eine Umlage doppelt bestraft – einmal durch unbesetzte Stellen, ein zweites Mal durch die Abgabepflicht.“

Statt der Strafabgabe fordern die Unternehmen Maßnahmen wie eine verbesserte Schulqualität und intensivere Berufsorientierung, den Abbau von Bürokratie, Anreize für ausbildende Betriebe sowie gemeinsame Anstrengungen zur Erhöhung der Ausbildungsreife junger Menschen. „Qualität in der Ausbildung entsteht nicht durch Zwang und Sanktionen, sondern durch Partnerschaft, gute Rahmenbedingungen und gegenseitiges Vertrauen zwischen Wirtschaft, Politik und Bildungseinrichtungen“, schreiben die Arbeitgeber. Der Politik bieten sie einen konstruktiven Dialog zu dieser Frage an. (red)